

alliance F Jahresbericht 2016



Editorial

Inhalt

- 2 Editorial
- 5 Projekte
- 7 Medienmitteilungen
- 10 Konferenzen
- 12 Teilnahme an Vernehmlassungen und Anhörungen
- 12 Mitwirkung in ausserparlamentarischen Kommissionen
- 15 Jahresrechnung 2016
- 17 Über alliance F

Bericht der Co-Präsidentinnen

Ein gleichstellungspolitisch wichtiges und intensives Jahr - ein neuer Feminismus erwacht

Bei unserem Amtsantritt vor zweieinhalb Jahren waren wir uns einig, dass Gleichstellungsthemen auf der politischen Agenda und auch in der gesellschaftlichen Diskussion nach unten gerutscht sind. Wenige schienen sich dafür zu interessieren. Obwohl die tatsächliche Gleichstellung auf halbem Weg stehen geblieben ist: Die anhaltende Lohndiskriminierung, das weitgehende Fehlen der Frauen in Führungspositionen und in der Politik sowie die nach wie vor erschreckend hohe Zahl an Gewalttaten an Frauen im Privatbereich sprechen eine klare Sprache. Doch Frauenrechte – und insbesondere der Feminismus - waren out und kaum mehr Thema in den Medien und der Gesellschaft, schon gar nicht bei jungen Frauen und Männern.

Das hat sich 2016 unerwartet rasch geändert. Zum Glück? Ja und Nein. Nein, weil es erst einen Präsidenten in der grössten Demokratie der Welt brauchte, der sich in diskriminierender, respektloser und demütigender Weise über Frauen auslässt, damit eine neue Frauenbewegung erwachte. Nein, weil auch in Europa und der Schweiz rechtskonservative Bewegungen zunehmen und damit im Gleichschritt die in den letzten Jahrzehnten von Frauengenerationen hart errungenen Frauenrechte wieder zur Disposition stellen. Ja, weil diese Präsidentschaft und der Vormarsch der Rechtskonservativen, Machos und Populisten eine eigentliche Re-Politisierung bei vielen Frauen, vor allem jungen Frauen, und auch Männern auslöste: Sie werden sich plötzlich bewusst, dass sicher geglaubte Rechte für Teilhabe und Gleichberechtigung, für Würde und Freiheit wieder in Frage gestellt werden.

Wichtige Gleichstellungsgeschäfte im Parlament

2016 war für alliance F ein gleichstellungspolitisch bewegtes Jahr. Nicht nur, weil wir dank dem Wiedererstarken der neuen Frauenbewegung überall gefragt waren, sondern auch, weil wichtige Gleichstellungsforderungen auf der politischen Agenda standen. Diese Geschäfte müssen fachlich und mit gutem Lobbying eng begleitet werden, sobald sie vom Bundesrat ans Parlament überwiesen werden. Die vorberatenden Kommissionen des National- und Ständerates sind dabei die Schlüssel zum Erfolg. Dort wird vertraulich diskutiert, beantragt und bevor als Empfehlung für das Plenum dann entschieden wird, werden auch Fachorganisationen angehört.

Altersreform 2020

alliance F hat im Januar 2016 am Hearing für die Altersreform 2020 teilgenommen und sich vehement für die Abschaffung oder wenigstens für eine Verbesserung des Koordinationsabzuges in der 2. Säule stark gemacht; eine alte Forderung der Frauenorganisationen, damit auch kleine Löhne und Teilzeitarbeit endlich eine anständige Altersvorsorge generieren. Auf der anderen Seite fordern wir, dass die Generation der Frauen, die

in den letzten Jahrzehnten die Hauptverantwortung für die unbezahlte Familien- und Betreuungsarbeit übernommen hat, für diskriminierende Lohnunterschiede und den Systemfehler in der zweiten Säule eine Kompensation erhält, wenn sie in Zukunft länger arbeiten soll. Die nervenaufreibenden Verhandlungen zwischen National- und Ständerat dauerten ein ganzes Jahr und wurden von uns drei Nationalrätinnen begleitet. Unser Vorstandsmitglied Nationalrätin Barbara Schmid-Federer hat und als Mitglied der Kommission für Soziale Sicherheit kompetent unterstützt. Der knappe Entscheid fiel erst in der Frühlingssession 2017 zugunsten eines Reformpakets, das die Erhöhung des Frauenrentenalters mit einer gleichzeitigen Erhöhung aller AHV-Neurenten um Fr. 70.- pro Monat vorsieht. In der zweiten Säule wird der Umwandlungssatz von 6.8 auf 6% gesenkt und der Koordinationsabzug zwar nicht abgeschafft, aber gesenkt und linear ausgestaltet, was für kleine Löhne eine Verbesserung bedeutet. Es gibt dafür und dawider: Die Rentenreform 2020 bleibt auch bei Frauenorganisationen umstritten. Die Volksabstimmung ist auf den 24. September 2017 angesetzt.

Ratifizierung der Istanbul-Konvention

Das Übereinkommen des Europarats verpflichtet die Staaten, Frauen vor allen Formen von Gewalt zu schützen und schafft verbindliche Rechtsnormen, Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt zu verhüten, zu verfolgen und zu beseitigen. Die Konvention trat am 1. August 2014 in Kraft und die Schweiz sollte diese nun ratifizieren und umsetzen. alliance F hat zusammen mit anderen Frauenorganisationen und TERRE DES FEMMES die Ratskolleginnen und -kollegen mit Hintergrundinformationen und Argumenten für die Wichtigkeit des Abkommens gewinnen können. Der Ständerat hat das Abkommen am 27. Februar 2017 genehmigt. Der Entscheid im Nationalrat steht noch aus.

Revision des Gleichstellungsgesetzes

alliance F befürwortet den Entscheid des Bundesrates, die Voraussetzungen für Transparenz bei den Löhnen zu schaffen und hat dazu ebenfalls eine Vernehmlassung eingereicht.

Die Vorlage des Bundesrates will Unternehmen mit mindestens 50 Mitarbeitenden verpflichten, alle vier Jahre Lohnanalysen durchzuführen. Die Botschaft wird vom Bundesrat im Sommer 2017 hoffentlich beschlossen und ans Parlament überwiesen. 2016 konnten wir immerhin verhindern, dass der Nationalrat dieses wichtige Geschäft aus der Legislaturplanung gestrichen hat – entsprechende Anträge lagen leider vor. Die Debatte zur Revision des Gleichstellungsgesetzes verdeutlichte die besorgniserregende Tendenz in der Politik, Frauenanliegen herunterzuspielen. Etwas, was sich seither hoffentlich verändert hat.

Geschlechter-Richtwerte in Verwaltungsräten

Ebenso musste alliance F mit ihrem guten Netzwerk dafür kämpfen, dass die **Aktienrechtsrevision** in der Legislaturplanung des Bundesrates blieb. Der Bundesrat hat daraufhin im November 2016 die Botschaft zur Aktienrechtsrevision mit Richtwerten für eine Geschlechterquote in Verwaltungsräten von 30% (fünf Jahre) und in Geschäftsleitungen mit 20% (zehn Jahre) nach dem sogenannten "Comply or Explain"-Ansatz verabschiedet. Sie wird im Juni 2017 in der Rechtskommission des Nationalrates beraten. alliance F wird am Hearing in der Kommission teilnehmen dürfen und aufzeigen, dass vielfältig zusammengesetzte Unternehmensgremien bessere Entscheide für die Unternehmen treffen und weshalb unbewusste Vorurteile mitverantwortlich sind, dass diese Gremien immer noch zu einseitig zusammengesetzt sind.

Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung

Die vorgesehenen Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung, rund 100 Mio. Franken befristet auf fünf Jahre, wurden von alliance F und ihren Mitgliedorganisationen sowohl mit einer Vernehmlassung wie mit einem Begleitbrief im Ständerat unterstützt, nachdem dieser in der Dezembersession 2016 die Vorlagen zuerst zurückgewiesen hatte. Am 14. März 2017 hat er dann doch noch zugestimmt. Dieses Geschäft wird in der Sondersession im Nationalrat im Mai 2017 behandelt werden. Die Finanzhilfen haben zum Ziel, Kantone und Gemeinden zu unterstützen, um mehr und für die Eltern günstigere familienergänzende Kinderbetreuungsplätze anzu-

anzubieten. Es handelt sich um die einzige übrigbleibende Massnahme zur Vereinbarkeit im Rahmen der Fachkräfteinitiative.

Alle Vorlagen sind umstritten. Die Mehrheiten sind knapp, denn die rechtsbürgerlichen und konservativen Kräfte finden im Schweizer Parlament meist eine Mehrheit und der Anteil der Frauen im Ständerat ist markant geschrumpft. In der Budgetdebatte im Dezember 2016 schafften wir es zum Glück dank unserer Vernetzung in alle Parteien, die Budgethalbierung des Eidg. Büro für Gleichstellung abzuwenden.

Initiative für vier Wochen Vaterschaftsurlaub

Bei der **Elternzeit** ist es leider nicht gelungen. Selbst eine moderate parlamentarische Initiative für zwei Wochen Vaterschaftsurlaub hatte im Parlament keine Chance. alliance F hat sich deshalb Travail.Suisse, männer.ch und Pro Familia angeschlossen um Fortschritte auf dem ausserparlamentarischen Weg zu erzielen. Die Volksinitiative für 20 Tage Vaterschaftsurlaub wurde im Frühling 2016 lanciert. Wir hoffen diese breit abgestützte Initiative, bei der wir einen Rekordstart in der Unterschriftensammlung realisieren konnten, im Sommer 2017 einreichen zu können.

2016 war für alliance F ein wichtiges Jahr, um die gleichstellungspolitischen Weichen richtig zu stellen – 2017 wird ein entscheidendes Jahr werden, um den Zug in Fahrt zu bringen und in den richtigen Zielbahnhof zu führen.

Danke, dass Sie uns mit Ihrer Mitgliedschaft unterstützen!



Projekte

Bild (v.l.n.r.): Maya Graf, Co-Präsidentin alliance F, Beat Guhl, Nationalrat BDP, Mattea Meyer, Nationalrätin SP, Kathrin Bertschy, Co-Präsidentin alliance F, Manuela Kocher, Zentralvorstand des Schweizer Berufsverband der Pflegefachfrauen, Min Li Marti, Nationalrätin SP, Beat Flach, Nationalrat glp und Sibel Arslan, Nationalrätin Grüne.

Lohnmobil

alliance F hat die Wanderausstellung „Lohnmobil“ während der Sommer-Session 2016 der eidgenössischen Räte auf den Bundesplatz geholt. Ziel war, die für das Thema der Lohnungleichheit und -diskriminierung relevanten – aber sehr schwierig zu sensibilisierenden – Entscheidungsträger/-innen direkt vor Ort abzuholen, dies in einem ungezwungenen lockeren Rahmen während der Session.

Trotz grosser Konkurrenz mit anderen Anlässen und Regenschauern haben am 13. Juni abends rund 20-25 Parlamentarier/innen verschiedenster Parteien gemeinsam die Ausstellung besucht. Im Gespräch mit Vertreterinnen verschiedener Frauenorganisationen – anwesend zu diesem Lobby-Anlass waren ausser den Vorstandsmitgliedern von alliance F Vertreterinnen der Frauenzentrale Zürich und Bern, der SVIN, der Wirtschaftsfrauen, der Pflegefachfrauen und -männer, der medical women switzerland sowie der BPW Schweiz – konnten zum einen gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge und wirtschaftlichen Auswirkungen von Lohnungleichheit diskutiert werden. Zum anderen bot sich Gelegenheit zum

Kennenlernen und Netzwerke vertiefen. Beides ist im Hinblick auf die anstehenden Beratungen zu Vorlagen betreffend Gleichstellung von Frau und Mann (Revision des Gleichstellungsgesetzes, Aktienrechtsrevision etc.) sehr wertvoll.



Bild: Das Lohnmobil auf dem Bundesplatz.

Quelle: Twitter @kanton_bern

Equalité

alliance F hat im Januar 2016 ein Projekt lanciert, mit dem Ziel, ein Instrument zur umfassenden Kennzeichnung von Unternehmen hinsichtlich gleichstellungsfreundlicher Unternehmenskultur zu erarbeiten. Das Instrument und Label „Equalité“ soll Unternehmen auszeichnen, die sich aktiv für die Gleichstellung von Mann und Frau einsetzen. Es will auf bestehenden nationalen und internationalen Labels aufbauen und zielt auf eine umfassende Kennzeichnung gleichstellungsrelevanter Faktoren ab. So sollen darin u.a. Lohngleichheit, flexible Arbeitszeitmodelle, Vereinbarkeitsfragen (Familie, Weiterbildung etc.), Rekrutierungs- und Beförderungsprozesse, Zugang zu Weiterbildung, ältere Arbeitnehmende oder Frauen in Kaderpositionen berücksichtigt werden.

Im Rahmen des Vorprojekts werden eine Marktanalyse und der Nachweis der Bedürfnisse von nachfragenden Unternehmen erarbeitet.

Projekte

Bild (v.l.n.r): Helen Issler, Vorstand alliance F, Christine Wittmer, Geschäftsführerin Wirtschaftsfrauen Schweiz, Clivia Koch, Vorstand alliance F und Präsidentin Wirtschaftsfrauen Schweiz und Andrea Kenel, Präsidentin der Schweizerischen Vereinigung der Ingenieurinnen SVIN beim Sammeltag in Zürich.



Vaterschaftsurlaub

Die Kluft zwischen Politik und Volkswillen beim Thema Vaterschaftsurlaub ist gross. Das Parlament hat den Vaterschaftsurlaub schon über 30 Mal vom Tisch gewischt. Doch 80% der Stimmberechtigten wollen einen Vaterschaftsurlaub.

alliance F hat deshalb am 24. Mai 2016 gemeinsam mit anderen Dachverbänden – den Arbeitnehmenden (Travail.Suisse), den Männer- und Väterorganisationen (männer.ch), und den Familienorganisationen (Pro Familia Schweiz) – die Volksinitiative „Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie“ lanciert.

Als Teil des Initiativkomitees im Verein «Vaterschaftsurlaub jetzt!» fordert alliance F 20 Tage Vaterschaftsurlaub – flexibel und tageweise beziehbar innert einem Jahr nach der Geburt des Kindes – finanziert über die Erwerbsersatzordnung.

Als Vertreterin von alliance F agiert seit Lancierung Clivia Koch, Vorstandsmitglied alliance F.



Bild (v.l.n.r): Doris Boscardin, Präsidentin des Schweizerischen Verbands der Akademikerinnen, Maya Graf, Co-Präsidentin alliance F, und Benjamin van Vulpen sammeln in Basel.

Medien- mitteilungen

Bild: Medienkonferenz zur Fachkräfteinitiative vom 12.9.16



Fachkräfte-Sondergipfel ohne Frauen: alliance F bedauert fehlenden Einbe- zug der Frauenverbände

12. September 2016

alliance F stellt einmal mehr konsterniert fest, dass die Verantwortlichen des nationalen Spitzentreffens „Fachkräfte Schweiz“ trotz einstimmiger Anerkennung des grossen Fachkräftepotenzials von Frauen, diese bei der Findung von geeigneten Massnahmen nicht einbeziehen.

Die Bilanz der Teilnehmer und wenigen Teilnehmerinnen des nationalen Spitzentreffens „Fachkräfte Schweiz“ ist denn auch ernüchternd. Massnahmen, welche tatsächlich Wirkung zur Mobilisierung brach liegenden Potenzials entfalten könnten, fehlen weitgehend. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie blieb auch im Kontext des Spitzentreffens in erster Linie ein Frauenproblem, über das Fachmänner von Bund, Kanton und Sozialpartnern diskutierten.

Anstatt um den heissen Brei herumzureden und die Verantwortlichkeiten zu delegieren, fordert alliance F flächendeckende Tagesstrukturen, einen Wechsel zur Individualbesteuerung sowie die Entwicklung von Anreizen und Möglichkeiten der Nachqualifizierung, um den Wiedereinstieg von Arbeitnehmenden nach der Familienphase zu erleichtern und allgemein das Potenzial der älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besser abzuholen.

alliance F vertritt die Frauenberufs- und Wirtschaftsverbände, die sich von den altbekannten Sozialpartnern nicht vertreten fühlen. Sie alle sind in alliance F organisiert und vertreten zusammen das grösste freie Potenzial für den Arbeitsmarkt der Zukunft. Heute werden Massnahmen aber immer noch ohne Einbezug der Frauenverbände und ohne ihr grosses Fachwissen verhandelt. Aus Sicht von alliance F ist das eine weitere verpasste Chance.

Massnahmen, welche tatsächlich Wirkung zur Mobilisierung brach liegenden Potenzials entfalten könnten, fehlen weitgehend.

alliance F fordert die eidgenössischen Räte auf, die Gleichstellung ernst zu nehmen und umzusetzen

27. November 2016

Die in alliance F organisierten Präsidentinnen der schweizerischen Frauenorganisationen fordern die Eidgenössischen Räte auf, auf Kürzungen beim Eidgenössischen Büro für Gleichstellung (EBG) zu verzichten und die dringend benötigten Finanzhilfen für die familienexterne Kinderbetreuung zu sprechen. Dass Gleichstellungsthemen und Frauenanliegen heruntergespielt werden, ist eine Entwicklung, die wir mit grosser Sorge beobachten und die die Bevölkerung der Schweiz um Chancen und Lebensqualität beraubt.

Die Finanzkommission des Nationalrats hat anlässlich der Vorberatung des Voranschlags die Kürzung von einem Viertel des Gesamtbudgets (1 Mio. CHF) des EBG beantragt. Das EBG ist das kleinste Bundesamt. Von der vorgesehenen Kürzung wäre es massiv und in sämtlichen seiner Arbeitsfelder betroffen. Das EBG könnte seinem Auftrag nur noch sehr eingeschränkt nachkommen – und das ohne erkennbaren Nutzen: Der Beitrag zur Stabilisierung der Bundesfinanzen ist äusserst gering. Die Kommissionmehrheit bringt damit zum Ausdruck, dass Gleichstellung und wichtige Anliegen der Gesellschaft wie die Bekämpfung der häuslichen Gewalt verharmlosbar seien. Die Präsidentinnen der Frauenorganisationen sprechen anlässlich ihrer Jahreskonferenz von einem Affront: Solange Verfassungsgrundsatz und Gleichstellungsgesetz (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) nicht umgesetzt und jede zweite Woche eine Frau in einem Beziehungsdelikt ermordet wird, sollte klar sein, dass das EBG mehr Mittel und sicherlich nicht weniger benötigt.

Letzte verbleibende Massnahme der Fachkräfteinitiative zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf umsetzen

Die Ständeratskommission hat zudem die Ablehnung der Finanzhilfen für die familienexterne Kinderbetreuung von insgesamt 100 Mio. Franken be-

antragt. Die Finanzhilfen sollen Kantone und Gemeinden unterstützen, mehr und für die Eltern günstigere familienexterne Kinderbetreuungsplätze anzubieten. Es handelt sich um die einzige übrigbleibende Massnahme zur Vereinbarkeit im Rahmen der Fachkräfteinitiative. Die negativen Erwerbsanreize sind für Zweitverdiener/-innen nach wie vor so hoch, dass auf der einen Seite immer mehr gut ausgebildete Frauen auf ihren Kinderwunsch verzichten. Und auf der anderen Seite gut ausgebildete Mütter oder Väter ihre Berufstätigkeit aufgeben oder stark reduzieren, weil sich arbeiten schlicht nicht mehr lohnt. Die Folgen sind von grosser Tragweite. Einerseits finden damit Einbussen bei der Lebensqualität statt, da viele Frauen sich gezwungen sehen, zwischen Erwerb oder Kindern zu entscheiden. Sie haben zudem eine höhere Wahrscheinlichkeit für Altersarmut und für Sozialhilfeabhängigkeit im Falle einer Trennung. Und schliesslich ist der Status quo volkswirtschaftlich schlicht ineffizient, denn das Arbeitsmarktpotenzial wird nicht genutzt. alliance F fordert die Räte auf, die Finanzhilfen zu sprechen.

„Die Präsidentinnen der Frauenorganisationen sprechen anlässlich ihrer Jahreskonferenz von einem **Affront**; Solange Verfassungsgrundsatz und Gleichstellungsgesetz (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) nicht umgesetzt und jede zweite Woche eine Frau in einem Beziehungsdelikt ermordet wird, sollte klar sein, dass das EBG mehr Mittel und sicherlich nicht weniger benötigt.“

Alarmzeichen: Angriff auf die Chancengleichheit abgewehrt

1. Dezember 2016

Der Nationalrat hat im Dezember 2016 eine Kürzung von einem Viertel des Gesamtbudgets (1 Mio. CHF) des Eidgenössischen Büros für Gleichstellung (EBG) abgelehnt.

Das EBG ist Koordinationstelle und Umsetzungsbeauftragte der Massnahmen zur Bekämpfung und Prävention häuslicher Gewalt. Zugleich fördert es die Vereinbarkeit von Familie und Beruf und setzt Massnahmen zur Erreichung der Lohngleichheit um. Es berät und dokumentiert zu Gleichstellungsfragen, zu sexueller Belästigung am Arbeitsplatz, zu finanziellen Konsequenzen bei Scheidungen und vielem mehr. Es liefert die Statistiken und Grundlagen, welche das Erarbeiten zielführender Massnahmen überhaupt erst ermöglichen, und dokumentiert damit Fachstellen, Behörden und Kantone.

Das EBG ist das kleinste Bundesamt. Von der vorgesehenen Kürzung wäre es massiv und in sämtlichen seiner Arbeitsfelder betroffen gewesen.

Der Beitrag zur Stabilisierung der Bundesfinanzen wäre dementsprechend äussert gering ausgefallen. Das Zeichen der Minderheit ist aber unmissverständlich: Der Vorstoss aus konservativen Kreisen im Nationalrat hatte die Absicht, das Amt schrittweise abzuschaffen.

Die Debatte an sich ist aber ein Alarmzeichen und ein Angriff auf die Chancengleichheit, die Freiheit und Sicherheit vieler Menschen – insbesondere der Frauen – in unserem Land.

alliance F begrüsst den Entscheid der Räte, denn solange Verfassungsgrundsatz und Gleichstellungsgesetz (gleicher Lohn für gleiche Arbeit) nicht umgesetzt sind und jede zweite Woche eine Frau in einem Beziehungsdelikt ermordet wird, sollte klar sein, dass das EBG mehr Mittel und sicherlich nicht weniger benötigt.

Fakten:

- Frauen starten bereits beim Berufseinstieg mit einem Rückstand von 400 Franken oder 7% Lohndifferenz zu ihren Kollegen, selbst bei gleicher Ausbildung und identischer Tätigkeit.
- Jede zweite Woche stirbt eine Frau an den Folgen häuslicher Gewalt. Die Medien schreiben gerne von Beziehungsdelikten. Realität ist, dass diese Frauen von ihren Partnern oder Ex-Partnern ermordet wurden.

Medienmitteilungen

„Dass wir diese Debatte nur schon führen müssen, ist ein verheerendes Signal, welches allem widerspricht, was angesichts der Gewalt an Frauen und der ungleichen Chancen im Erwerbsleben getan werden muss.“

Maya Graf, Co-Präsidentin alliance F

„Diese Verharmlosung, diese Verniedlichung von Frauenrechten bereitet uns grosse Sorgen. Es ist kein Nice-to-have, die Gewalt an Frauen zu beenden und ihnen Chancengleichheit zu gewährleisten. Nein, die Bekämpfung von Diskriminierung und Gewalt ist eine Kernaufgabe unserer Gesellschaft.“

Kathrin Bertschy, Co-Präsidentin alliance F

Konferenzen

Bild: Abstimmung der Statutenrevision an der Delegiertenversammlung vom 28.5.2016



116. Delegiertenversammlung vom 28. Mai 2016 in Bern

An der 116. Delegiertenversammlung in Bern erfolgte eine Statutenrevision, wurden aktuelle politische Geschäfte besprochen und die langjährigen Vorstandsmitglieder Ursula Walder und Regula Zweifel herzlich und mit warmem Applaus verdankt.

Statutenrevision

Die Delegiertenversammlung hat eine Revision der Statuten beschlossen. Unter dem neuen Co-Präsidium wurde in den letzten Monaten festgestellt, dass die bisherigen Statuten auf der einen Seite Unklarheiten und Doppelspurigkeiten enthielten und zum anderen Dinge nicht klärten, welche für den Vorstand aber relevant wären. Das war der Grund, weshalb der Vorstand eine Revision beantragte. Die Delegierten hatten eine Übersicht über die Statuten und Änderungsanträge des Vorstands erhalten. Es fand eine angelegte Diskussion über drei Punkte statt: Ob die Aufnahme und der Ausschluss von Mitgliedern in die Kompetenz des Vorstands oder der Delegiertenversammlung fallen solle. Ob die Statuten nicht nur den Grundsatz, wie die Mitgliederbeiträge der Organisationen berechnet werden, sondern auch deren exakte Höhe regeln sollen. Der Vorschlag, die Beiträge in Zukunft an der Höhe der Jahresrechnung und der Mitgliederzahl zu orientieren, stiess auf Anklang. Die Geschäftsstelle wird auf die Mitgliederorganisationen zugehen, um die Informationen einzuholen und an der an

der nächsten Delegiertenversammlung einen Vorschlag präsentieren. Auch künftig wird der Vorstand über die Aufnahme von Mitgliedern entscheiden und die Statuten regeln nur den Grundsatz, nicht aber die exakte Höhe der Beiträge.

Resolution zur Legislaturplanung

Die Delegiertenversammlung von alliance F verlangte mit einer einstimmig verabschiedeten Resolution an National- und Ständerat, dass die Revision des Gleichstellungsgesetzes (Lohngleichheit) und des Aktienrechtes (Geschlechteranteile in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen) in der Legislaturplanung 2015-2019 belassen und im Sinne der Verfassung endlich umgesetzt werden.

Im Nationalrat hatten entsprechende Streichungsanträge eine Mehrheit gefunden. Die Delegierten von alliance F forderten den Ständerat dazu auf, das falsche Zeichen des Nationalrates rückgängig zu machen und sich für eine politische Lösung rund um die Lohngleichheit stark zu machen.

Es ist nach wie vor eine Tatsache, dass Frauen und Männer in vielen Berufen für gleiche Leistung nicht den gleichen Lohn erhalten. Lohndiskriminierung ist genauso anzugehen wie der Abbau von Stereotypen und unbewusster Vorurteile sowie die Rahmenbedingungen für Eltern und insbesondere Mütter auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden müssen. Erst damit schaffen wir einen fairen, kompetitiven Arbeitsmarkt, wo Leistung belohnt wird und nicht das Geschlecht ent-

scheidet. Die Lohngleichheit muss auf dem politischen Parkett bleiben, deshalb verlangt alliance F zusammen mit den Partnern Bündnis Lohngleichheit (www.7maerz2015.ch) und der Männerallianz (www.aufruf-lohngleichheit.ch), dass der Missstand der Lohnungleichheit endlich behoben wird.

Abschaffung Koordinationsabzug in der 2.Säule der Altersvorsorge

Ein Antrag der Frauenzentrale Bern fordert alliance F auf, mittels eines Vorstosses auf Bundesebene die Abschaffung des Koordinationsabzuges im BVG einzufordern. „Der Koordinationsabzug bestimmt, welcher Lohn für die zweite Säule versichert ist (Jahres-einkommen – Koordinationsabzug = koordinierter/versicherter Lohn). Er hat zur Folge, dass Teilzeiteinkommen und kleine Einkommen generell, schlechter – sogar unterdurchschnittlich - versichert sind, weniger Altersrente ansparen und der Versicherungsschutz gegen Tod und Invalidität ungenügend ist. Frauen sind davon überdurchschnittlich betroffen, da mehrheitlich sie Teilzeit arbeiten, um Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen. Paare, welche sich Familienarbeit und Erwerbsarbeit aufteilen, werden durch diese staatliche Regelung ebenso benachteiligt. Die Frauenbewegung fordert seit Jahren eine Korrektur.“

Vorstand und Delegiertenversammlung nahmen den Antrag entgegen. Er ist im Sinn der bisherigen Arbeiten und entspricht dem Anliegen, welches alliance F an der Anhörung zur Altersvorsorge 2020 in den zuständigen Kommissionen gefordert hat. Entsprechende Vorstösse wurden bereits eingereicht.

Präsidentinnenkonferenz 24. November 2016

Am 24. November fand die Präsidentinnenkonferenz 2016 im Bundeshaus Bern statt. Anwesend waren die Präsidentinnen und Geschäftsführerinnen zahlreicher Frauenzentralen, Berufsverbände, Frauennetzwerke, -parteien und Interessenverbände.

Eine besondere Freude war, dass wir eine unserer Vorkämpferinnen im Einsatz für die Frauenrechte – Marthe Gosteli – zusammen mit Silvia Bühler, der Leiterin des Gosteli-Archivs, als Ehrengäste begrüßen und Marthe Gosteli für ihr Lebenswerk würdigen durften. Erst durch sie hat die Schweizer Frauenbewegung ein Gedächtnis erhalten, indem sie die „vergessene Geschichte“ archivierte und als umfangreiches Werk herausgab.

Marthe Gosteli ist am 7. April 2017 in ihrem 100. Lebensjahr gestorben. Ihr Archiv hat im März 2017 noch

den Kulturpreis der Burgergemeinde Bern erhalten.

„ Wer keine Geschichte hat, hat auch keine Zukunft “

Marthe Gosteli (1917-2017)

Neben inhaltlichen Schwerpunkten beschlossen die Präsidentinnen in einer Resolution, die Räte aufzufordern, auf Kürzungen beim Eidgenössischen Büro für Gleichstellung zu verzichten und die dringend benötigten Finanzhilfen für die familienexterne Kinderbetreuung zu sprechen.

Besprochen wurden Schwerpunkte der vergangenen und laufenden Sessions und ein Ausblick auf die kommenden Schwerpunkte.

Die Präsidentinnen sind sich bewusst, wie entscheidend das „Framing“ und die richtige Wortwahl bei der Revision des Gleichstellungsgesetzes sein werden. Wir wollen Argumente der Gegener mit guten, einprägsamen Bildern entkräften. Es ist eben gerade keine Lohnpolizei – wie auch Medien rasch mal schreiben –, da weder Kontrollen noch Bussen durch eine externe Behörde vorgesehen sind. Wir schaffen einzig die Voraussetzungen für Transparenz bei den Löhnen und die Umsetzung eines Verfassungsartikels.



Bild: Die Co-Präsidentinnen Kathrin Bertschy (links) und Maya Graf (rechts) mit Ehrengast, der mittlerweile verstorbenen, Marthe Gosteli.

Teilnahme an Vernehmlassungen und Anhörungen

Einfluss nehmen

Januar 2016 - Anhörung in der Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit SGK des Nationalrats. Kathrin Bertschy (Co-Präsidentin) und Clivia Koch (Vorstand, Wirtschaftsfrauen Schweiz) präsentieren die Anforderungen an die Altersreform aus Sicht von alliance F.

Januar 2016 - Stellungnahme zur Parlamentarischen Initiative 14.415 Candinas „Zwei Wochen über die EO bezahlten Vaterchaftsurlaub“.

Januar 2016 - Teilnahme am Vernehmlassungsverfahren zum Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt (Istanbul-Konvention).

Februar 2016 - Stellungnahme zum Vorentwurf zur Änderung des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung.

Februar 2016 - Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Gleichstellung.

Mitwirkung in ausserparlamentarischen Kommissionen

Eidgenössische Kommission für Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung (AHV/IV) und Eidgenössische Kommission für berufliche Vorsorge (BVG)

Bericht von Clivia Koch über die Vertretung von Vorstandsmitgliedern und Fachpersonen in ausserparlamentarischen Kommissionen.

Die AHV und das BVG sind zwei wichtige Pfeiler unserer sozialen Erwerbsbedingungen und Sicherheit. Sie dienen der finanziellen Absicherung im Alter. Da sich alliance F konkret für Lohngleichheit und Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer und für gleichwertige Vertretung der Geschlechter in Politik und Wirtschaft engagiert, ist es immens wichtig für alliance F entsprechend mit unseren Anliegen und unserem Fachwissen in solchen Gremien vertreten zu sein.

Der Bundesrat ernennt Mitglieder für die Eidgenössische Kommission für die Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung, in welcher die Versicherten, die schweizerischen Wirtschaftsverbände, die Versicherungseinrichtungen, der Bund und die Kantone angemessen vertreten sein müssen.

Der Kommission obliegt die Begutachtung von Fragen über die Durchführung und Weiterentwicklung der Alters- und Hinterlassenenversicherung zuhanden des Bundesrates. Der Bundesrat kann ihr weitere Aufgaben übertragen. Sie

hat das Recht, dem Bundesrat von sich aus Anregungen zu unterbreiten.

So standen 2016 folgende Themen auf der Traktandenliste:

- Die Reform der Altersvorsorge
- Die Perspektiven der Finanzhaushalte
- Die Studie "Gender Pension Gap"

Die Studie „Gender Pension Gap“ zeigte gezwungenermassen einen Blick in die Vergangenheit. Doch folgende Schlussfolgerungen sind nicht von der Hand zu weisen:

- Um höhere individuelle Altersrenten durch Erwerbsmöglichkeit zu ermöglichen, ist ein ausreichendes Angebot an finanziell tragbarer familienexterner Kinderbetreuung eine zentrale Voraussetzung. Ebenso wichtig ist die betriebliche Arbeitsorganisation, die die Vereinbarkeit von Beruf und Pflege- und Betreuungsaufgaben unterstützt.
- Fast zwei Drittel der unbezahlten Arbeiten in Haushalt und Familie werden von Frauen geleistet.

Ende Jahr trafen sich beide Kommissionen (AHV/IV und BVG) und tauschten sich über die dringlichsten Themen beider Säulen aus.

Eidgenössische Arbeitskommission (EAK)

Bericht von Helen Issler, Vizepräsidentin alliance F, über ihre Arbeit in der EAK

Die Kommission umfasst 20 Mitglieder (je sieben von Arbeitnehmer- und Arbeitgeberseite, zwei aus der Wissenschaft, zwei der Kantone und eine Vertreterin der Frauenorganisationen) und wird vom Leiter des Staatssekretariates für Wirtschaft (SECO) Boris Zürcher geleitet. Die EAK diskutiert und begutachtet zuhanden der Bundesbehörden Gesetzgebung und Vollzug des Arbeitsgesetzes. Sie kann auch von sich aus Anregungen machen und ist dem Amtsgeheimnis verpflichtet.

Das Arbeitsgesetz (Bundesgesetz über die Arbeit in Industrie, Gewerbe und Handel) regelt die Fragen betreffend Gesundheitsschutz, Arbeits- und Ruhezeit, Nacht- und Sonntagsarbeit, Schutz von jugendlichen Arbeitnehmenden, Schutz von Arbeitnehmenden mit Familienpflichten, von Schwangeren und stillenden Frauen etc. Die Verordnungen zum Arbeitsgesetz (1964) werden laufend revidiert und der heutigen Zeit angepasst.

Ein Dauerthema der letzten Jahre in der EAK ist und bleibt die Arbeitszeiterfassung.

Nach intensiven Verhandlungen erreichten die Sozialpartner 2015 einen Kompromiss. So hat der Bundesrat die Revision der Verordnung 1 zum Arbeitsgesetz per 1.1.2016 in Kraft gesetzt:

Erstens kann auf die Arbeitszeiterfassung verzichtet werden bei Mitarbeitenden mit einem AHV-pflichtigen Lohn von über 120'000 Fr. (inkl. Boni), welche über sehr grosse Arbeitszeitsouveränität verfügen. Zudem muss der Verzicht im Rahmen eines Branchen- oder

Unternehmens-Gesamtarbeitsvertrags erfolgen. Zweitens kann eine vereinfachte Arbeitszeiterfassung (notieren der täglichen Arbeitszeit) für Arbeitnehmende mit gewisser Zeitsouveränität durch eine Vereinbarung mit der Arbeitnehmerschaft erfolgen.

Bereits sind aber Bestrebungen im Gange, die Arbeitszeiterfassung weiter zu lockern. Dies sei im Interesse der Wirtschaft. Sicher würde damit die Vereinbarkeit von Familie- und Beruf für Frauen und Männer nicht einfacher. Vielerorts, z.B. in den Spitälern, wird das Arbeitsgesetz nicht durchgesetzt. So arbeiten die Assistenzärzte an Schweizer Spitälern bei durchschnittlich 56,5 Stunden pro Woche, erlaubt sind 50 Stunden. Eine Lockerung wird deshalb auch hier vorgeschlagen. Es ist aber kaum im Interesse der Patienten, wenn sie von übermüdeten Ärztinnen und Ärzten behandelt werden.

Die EAK hat sich 2016 auch mit den Auswirkungen von Grossraumbüros und flexiblen Arbeitsplätzen auf die Gesundheit der Mitarbeitenden befasst. Das SECO gibt dazu und zu vielen andern Themen gratis informative Broschüren und Flyer heraus. https://www.seco.admin.ch/seco/d/e/home/Publikationen_Dienstleistungen/Publikationen_und_Formulare/Arbeit/Arbeitsbedingungen/Broschuren.html

Weiterhin pendent ist das Thema Pendelmigration zur Alterspflege (Postulat von NR Barbara Schmid-Federer: *Der Bundesrat wird beauftragt, zu prüfen, inwiefern die rechtlichen Rahmenbedingungen für Pendelmigrantinnen, die in Schweizer Privathaushalten 24-Stunden-Betreuungsdienste leisten, verbessert werden können.*). Ein Lösungsvorschlag des Bundesrates wird 2017 in der EAK diskutiert werden.

Als Vertreterin der Frauenorganisationen in der EAK bringe ich mich vor allem bei Themen ein, welche den Arbeits- und Gesundheitsschutz der Frauen und Familien besonders be-

treffen. Die Forderungen nach immer mehr Flexibilität der Arbeitnehmenden und Lockerung der Nacht- und Sonntagsruhe erfordern erhöhte Wachsamkeit.

Eidgenössische Kommission für Frauenfragen (EKF)

Bericht von Vivian Fankhauser-Feitknecht, Vorstand alliance F, Mitglied EKF.

2016 traf sich die EKF in der neuen Zusammensetzung zu drei Plenarsitzungen, einschliesslich einer zweitägigen in Chur verbunden mit dem Jubiläumsanlass zum 20-jährigen Bestehen der Bündner Gleichstellungskommission.

Elternurlaub

Die EKF fordert in ihrem Positionspapier vom April 2016 die Einführung eines gesetzlich geregelten und bezahlten 24-wöchigen Elternurlaubs («Elternzeit»), bei dem ein Anteil verbindlich für Väter reserviert sein soll. Für Mütter beginnt der Anspruch nach dem geburtsbezogenen 14-wöchigen Mutterschaftsurlaub, für Väter nach einem allfälligen ebenfalls unmittelbar geburtsbezogenen Vaterschaftsurlaub.

Die EKF hat sich auch mit der im Mai 2016 lancierten Eidgenössischen Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» und den 2015/2016 eingereichten parlamentarischen Vorstössen zur Thematik Elternzeit/Vaterschaftsurlaub befasst. Sie befürwortet den Vaterschaftsurlaub als geburtsbezogene Regelung, sieht darin aber keine Alternative zu einer bezahlten Elternzeit.

Politische Partizipation von Frauen / Eidgenössische Wahlen 2015

Im Auftrag der EKF analysierte Werner Seitz die Entwicklung der Frauenvertretung auf nationaler Ebene und verglich sie mit jener in den kantonalen Parlamenten und Regierungen. Bei den eidgenössischen Wahlen im Oktober 2015 überschritt der Anteil der gewählten Frauen im Nationalrat erstmals die 30-Prozent-Marke. Erneut zeigte sich das parteipolitische Verteilungsmuster der gewählten Frauen, welches seit den Achtzigerjahren festgestellt werden kann: Die Frauen sind bei den rot-grünen Parteien überdurchschnittlich stark vertreten, ihr Anteil sinkt, je weiter rechts sich eine Partei positioniert. Angeglichen haben sich die statistischen Wahlchancen der Kandidatinnen und Kandidaten: Der Anteil der gewählten Frauen entspricht in etwa dem Anteil der Kandidatinnen.

Am 18. Oktober 2016 – ein Jahr nach den eidgenössischen Wahlen – wurden die Ergebnisse der Medienanalyse publiziert. Erfreuliches Ergebnis ist, dass in den Texten und Bildern der untersuchten Medien bei der Darstellung der Kandidierenden kaum mehr Geschlechterstereotype oder geschlechtsspezifische Muster vorkommen. Allerdings sind in allen Sprachregionen und allen Medientypen die Kandidatinnen im Vergleich zu ihrem Anteil auf den Wahllisten deutlich unterrepräsentiert. Gemeinsam mit der Parlamentarischen Frauengruppe lud die EKF am 13. Dezember 2016 zu einem Treffen in Bern ein, an dem die Ergebnisse der Wahlanalyse und die Medienanalyse zur Berichterstattung über die Kandidatinnen und Kandidaten während den Wahlen 2015 diskutiert wurden.

CEDAW

Wie bereits anlässlich der Präsentation des Dritten Schweizer Staatenberichts reichte die EKF auch 2016 zum aktuellen Schweizer Staatenbericht (Vierter und Fünfter Staatenbericht) eine schriftliche Stellungnahme zuhanden des CEDAW-Ausschusses ein. Vor dem Ausschuss äusserten sich zwei Kommissionsvertreter mündlich zu den Themen Medienpräsenz und politische Partizipation der Frauen, Elternzeit/Elternurlaub, Geschlechterquoten in Verwaltungsräten und Geschäftsleitungen, Diskriminierung von Teilzeiterwerbstätigen in der Invalidenversicherung und zur fehlenden Mankoteilung bei Trennungs- und Scheidungsfällen.

Frauenrechte – Kultur – Religion

In Anbetracht der anhaltenden Aktualität entschied sich die EKF für eine erneute Auseinandersetzung mit dem Thema und befasste sich namentlich mit Fragen des Schulbereichs und der Ganzkörperverschleierung. Die Kommission beschloss, die relevanten rechts- und gesellschaftspolitischen Entwicklungen der letzten Jahre in das Dokument von 2010 einzuarbeiten und 2017 eine aktualisierte Fassung des Positionspapiers zu veröffentlichen.

NGO-Koordination post Beijing Schweiz

Vivian Fankhauser-Feitknecht ist als Delegierte von alliance F im Vorstand der NGO-Koordination bzw. deren Präsidentin.

2016 stand ganz im Zeichen von CEDAW. Die NGO-Koordination hat mit 31 NGOs einen Schattenbericht zum 4./5. Schweizer Staatenbericht verfasst und diesen im November dem CEDAW-Ausschuss persönlich verfasst und diesen im November dem CEDAW-Ausschuss persönlich

präsentiert und Fragen beantwortet. Zudem thematisierte die alljährliche Tagung die Frage: Welchen Beitrag können Schweizer NGOs zur Umsetzung der CEDAW-Frauenkonvention und insbesondere zur Gleichstellung der Frau in der Schweiz leisten?

Schweizerische Stiftung für audio-visuelle Bildungsangebote (SSAB)

Bericht von Hanna Muralt Müller, Delegierte für das SSAB-Netzwerk

Die Schweizerische Stiftung für audiovisuelle Bildungsangebote (SSAB) ist eine Nonprofit-Organisation, deren Organe ehrenamtlich arbeiten. Sie vernetzt heute über 80 Organisationen und Institutionen aus den unterschiedlichsten Bereichen. alliance F ist seit den Anfängen vor etwas über 20 Jahren Mitglied.

Die SSAB befasst sich mit der digitalen Transformation in sämtlichen Lebensbereichen, stets mit dem Fokus auf die Auswirkungen für Bildung, Aus- und Weiterbildung. Der technisch getriebene Wandel betrifft auch gerade uns Frauen. Der digitalisierte Alltag in Familie und Beruf muss neu gestaltet werden – das können wir nicht den Männern überlassen.

Die beiden Co-Präsidentinnen von allianceF, die Nationalrätinnen Kathrin Bertschy und Maya Graf, engagierten sich im Berichtsjahr stark für Fragen der Aus- und Weiterbildung als wirksame Massnahmen gegen den vielbeklagten Fachkräftemangel. Kathrin Bertschy übernahm zudem das Präsidium im Verein Modell f (www.modellf.ch), und es gelang ihr, diesem zukunftsweisenden Modell mehr öffentliche Aufmerksamkeit zu verschaffen. Die SSAB konnte diese Aktivitäten unterstützen, wirkte sie doch im Vorstand dieses Vereins mit.

Sichtbarste Aktivität der SSAB ist die jährliche Durchführung einer Tagung. Die sogenannten März-Tagungen beleuchten jedes Jahr das Thema der digitalen Transformation mit den Rückwirkungen auf das Bildungswesen aus einem je unterschiedlichen Blickwinkel. Diese Tagungen sind bewusst nicht öffentlich. Die Vertretungen der SSAB-Mitgliedorganisationen kennen sich von den jährlichen Tagungen und können so leicht miteinander in Kontakt treten.

Dank ehrenamtlicher Arbeit, grösseren finanziellen Beiträgen und kostenlosen Leistungen von Partnern im SSAB-Netzwerk sind diese Tagungen für die SSAB-Mitgliedorganisationen unentgeltlich.

Im Fokus der März-Tagung 2015 stand der Fachkräftemangel – wesentlich eine Folge des technikgetriebenen Wandels in allen Berufsfeldern. Im Berichtsjahr 2016 widmete die SSAB ihre März-Tagung dem Thema, wie Virtual Reality und Augmented Reality für das Lernen genutzt werden können. Wegen des Sprachenstreits – Frühfranzösisch – stiess das an der Tagung präsentierte Projekt AlpConnectar der Kantone Graubünden, Tessin und Wallis auf besonders grosses Interesse. Primarschülerinnen und -schüler in drei Schulklassen – in einer deutsch-, französisch- und einer italienischsprachigen Gemeinde – üben gemeinsam und mit Freude die je andere Landessprache. Der virtuelle Kontakt in Videokonferenzen macht dies möglich.

Im Berichtsjahr 2016 wurde zudem die März-Tagung 2017 vorbereitet. Sie wird das Thema der Big Data & Learning Analytics ausleuchten. Aufgezeigt wird, wie bei der Nutzung elektronischer Lehrmittel riesige Datenmengen entstehen, die für Rückmeldungen an die Lernenden und für die datengestützte

Personalisierung des Lernens genutzt werden können. Personalisierte, auf die je individuellen Bedürfnisse abgestimmte Lerninhalte und Lernformen sind insbesondere für die Weiterbildung von uns Erwachsenen zukunftsweisend. Nicht zu unterschätzen sind jedoch die Risiken, wenn diese Lerndaten in die Hände unbefugter Dritter gelangen.

Mehr Information zur SSAB finden Sie auf der SSAB-Homepage: <http://www.ssab-online.ch>. Hier finden Sie unter „März-Tagungen“ auch die Programme und Materialien, angereichert mit zahlreichen Kurzvideos zu den Präsentationen.

Modell f

Beitrag von Hedi Luck-Fasciati, Vorstand Modell f.

Nach dem krankheitsbedingten Rücktritt unseres Präsidenten, Jean-Etienne Berset, mussten wir bereits nach zwei Jahren einen Nachfolger, eine Nachfolgerin suchen.

Kathrin Bertschy, Co-Präsidentin von alliance f, sprang in die Bresche und erklärte sich bereit, das Präsidium zu übernehmen.

Jean-Etienne Berset als Generaldirektor an der Hochschule für Technik und Wirtschaft, FHF-TWG, und vormaliger Mitarbeiter beim Bundesamt für Berufsbildung und Technologie hat für Modell f viele Türen öffnen können.

Kathrin Bertschy, Nationalrätin aus Bern, hat ein nicht minder grosses Netzwerk und zusammen mit den beiden ebenfalls neu gewählten Jürg Gutknecht, emeritierter ETH-Professor und Präsident der Schweizerischen Informatikgesellschaft SI, und Pius Gruber, Leiter Geschäftsbereich Klubschulen Migros, Genossenschaft Zürich, hat Modell f ein neues, schlagkräftiges Team, das Rebekka Risi, langjährige Geschäftsführerin von Modell f, tatkräftig unterstützt.

Nach der GV fanden vier Vorstandssitzungen statt, abwechselungsweise in Zürich an unserer neuen Adresse, Weinbergstrasse 31, oder im Bundeshaus in Bern.

Dass Informa im IT-Bereich ein Erfolgsmodell ist, zeigte sich am grossen Interesse an den *Informatiktagen 2016*, an denen Modell f beteiligt war. In der Aufbauphase befindet sich zurzeit das Projekt Informa Engineering, das wegen des zunehmenden Fachkräftemangels sehr gute Zukunftsperspektiven hat.

2016 konnten zwei weitere Bildungsinstitutionen Modell f zertifiziert werden: die Hochschule für Technik, hsr, in Rapperswil und das Zentrum Bildung, zB, in Baden.

Jahresrechnung 2015

Bilanz

Aktiven (CHF)	31.12.16	31.12.15
Kasse	364	364
PC-Konto	9'554.25	4'538.35
Coop Bank	4'889.96	3'814.58
Flüssige Mittel	14'808.21	8'716.93
Debitoren	534.22	690.55
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	534.22	690.55
Transitorische Aktiven	3'000.00	
Aktive Rechnungsabgrenzungen	3'000.00	
Umlaufvermögen	18'342.43	9'407.48
Wertschriften	157'011.74	157'278.20
Finanzanlagen	157'011.74	157'278.20
Büroeinrichtungen	1	1
Mobile Sachanlagen	1	1
Anlagevermögen	157'012.74	157'279.20
Total Aktiven	175'355.17	166'686.68
Passiven (CHF)	31.12.16	31.12.15
Kreditoren		24.9
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		24.9
Transitorische Passiven	33'650.00	300
Passive Rechnungsabgrenzungen und kurzfristige Rückstellungen	33'650.00	300
Kurzfristiges Fremdkapital	33'650.00	324.9
Fonds Pflege intl. Beziehungen	9'856.20	9'856.20
Fonds Gaschen für Medienarbeit	7'410.80	7'410.80
Fonds für Gleichstellungsklagen	5'900.80	5'900.80
Übrige langfristige Verbindlichkeiten	23'167.80	23'167.80
Langfristiges Fremdkapital	23'167.80	23'167.80
Fremdkapital	56'817.80	23'492.70
Eigenkapital zu Beginn des Geschäftsjahres	143'193.98	165'575.04
Verlust	-24'656.61	-22'381.06
Eigenkapital	118'537.37	143'193.98
Total Passiven	175'355.17	166'686.68

Betriebsrechnung

Vom 1. Januar bis 31. Dezember 2016 (inkl. Vorjahr)

Ertrag	Rechnung 2015	Budget 2016	Rechnung 2016	Budget 2017
Betriebsertrag				
Mitgliederbeiträge Einzelpersonen	19'790.00	20'000.00	19'925.00	22'000.00
Mitgliederbeiträge Organisationen	32'920.40	33'000.00	32'507.05	33'000.00
Gönnerbeiträge, Spenden	4'250.00	4'000.00	2'435.00	3'000.00
Spenden Dritter	30	20'000.00	3'020.00	20'000.00
Projekte	10'000.00		9'500.00	43'000.00
Zinserträge	5.25		0.3	
Wertschriftenerträge	2'295.65	1'800.00	2'186.81	2'000.00
Nicht realisierte Kursgewinne	4'127.38			
Erträge Website	1'350.00	2'000.00	600	
Kostenbeteiligung DV	2'630.00	2'000.00	2'906.10	2'000.00
Total Betriebsertrag	77'398.68	82'800.00	73'080.26	125'000.00
Aufwand				
Betriebsaufwand				
Projekte	-1'000.00		-11'000.00	
Übersetzungen	-3'294.05	3'000.00	-1'297.30	
Delegiertenversammlung	-5'803.60	5'000.00	-5'458.80	
Honorar Geschäftsstelle	-40'000.00	40'000.00	-46'666.00	
Honorar Präsidentin	-15'000.00	15'000.00	-15'000.00	
Tagungen/Präsidentinnenkonferenz	-2'913.70	3'000.00	-2'712.50	
Leistungen Dritter			-72.9	
Mieten			-600	
Gebühren, Abgaben, Vereinsbeiträge	-350	4'900.00	-1'200.00	
Betriebsversicherungen	-185.7	275.00	24.9	
Verwaltungskosten	-3'050.60	6'850.00	-611.9	
Bankspesen, Kursdifferenzen	-73.59	75.00	-592.56	
Spesen Vorstand	-3'625.30	6'300.00	-4'273.40	
Öffentlichkeitsarbeit	-4'307.35	4'000.00	-6'019.15	
Telefon	-177.45	0.00		
Website	-19'998.40	2'000.00	-1'990.80	
Total Betriebsaufwand	99'779.74	90'400.00	97'470.41	
+ Gewinn / - Verlust	-22'381.06	-7'600.00	-24'656.61	

Über alliance F

Bild: Der Vorstand von alliance F an der Delegiertenversammlung vom 28. Mai 2016 in Bern.



Vorstandsmitglieder

Kathrin Bertschy / Geschäftsführende

Co-Präsidentin, Nationalrätin glp

Maya Graf / Co-Präsidentin

Nationalrätin Grüne

Helen Issler / Vizepräsidentin

Mitglied der Eidg. Arbeitskommission

Vivian Fankhauser-Feitknecht

Mitglied der Eidg. Kommission für

Frauenfragen,

Andrea Gisler

Präsidentin Frauenzentrale Zürich

Clivia Koch

Mitglied der Eidg. Kommission für

die Alters-, Hinterlassenen- und

Invalidenversicherung, Präsidentin

der Wirtschaftsfrauen Schweiz

Hedi Luck-Fasciati

Netzwerk Tessin

Petra Rohner

Netzwerk swonet

Barbara Schmid-Federer

Nationalrätin CVP

Geschäftsstelle

alliance F hat seit 1. September 2016 eine neue Geschäftsstelle. Wir bedanken uns bei Regula Zweifel für ihr Engagement als Geschäftsführerin während der letzten zwei Jahre und wünschen ihr von Herzen alles Gute. Neu führen Kathrin Bertschy, geschäftsführende Co-Präsidentin und Jessica Zuber, Geschäftsführerin, die Geschäftsstelle.

Jessica Zuber / Geschäftsführerin

alliance F
Waisenhausplatz 30
Atelier 010
3011 Bern
office@alliancef.ch
www.alliancef.ch

Revisorinnen

Verena Conte, Zürich

Anna Jaisli, Wollerau

Bild: Die Co-Geschäftsführerinnen von alliance F: Jessica Zuber und Kathrin Bertschy.



Mitglieder 2016

alliance F zählt 150 Mitgliederverbände und 400 Einzelmitglieder. Damit vertritt alliance F die Interessen von rund 400 000 Frauen in der Schweiz.

Frauzentralen

Frauzentrale Aargau
Frauzentrale Appenzell Ausserrhoden
Frauzentrale Bern
Frauenplus Baselland
Frauzentrale Graubünden
Frauzentrale Glarus
Frauzentrale Luzern
Frauzentrale Solothurn
Frauzentrale St. Gallen
Frauzentrale Thurgau
Frauzentrale Winterthur
Frauzentrale Zug
Zürcher Frauzentrale
Frauzentrale Schweiz
Centre de Liaison des Associations Féminines Genevoises CLAFG
Centre de Liaison des Associations Féminines Vaudoises CLAFV
Federazione Associazioni Femminili Ticino FAFTPlus

Organisationen/Verbände

Artcoss Association conseil santé sex
Avanti Donne - Frauen mit Behinderung
Bahai Schweiz
BPW Schweiz
COMPAGNA Sektion Zürich

EFZ Evangelischer Frauenbund Zürich
FCZ Frauen Fussballclub
Fondation equal-salary
frauenaargau
Frauenverein Wädenswil
Gemeinnütziger Frauenverein SG
Haushälterinnen BVHL
HELVETIA ROCKT
Israelitischer Frauenverein Zürich
Jüdischer Frauenverein Bern
Jüdischer Frauenverein St.Gallen
Juristinnen Schweiz
Lesbenorganisation Schweiz LOS
NEFU CH - Einfrau-Unternehmung
Pro Single Schweiz
Société de Morges
Soroptimist - International Club Basel
Stiftung Elternsein
Stiftung Erforschung der Frauenarbeit
Stiftung GFZ Gemeinnützige Frauen Zürich
Schweizerischer Verband der Akademikerinnen SVA
SVIN Schweizerische Vereinigung der Ingenieurinnen
TFOS Tibetische Frauenorganisation
Verband Frauenunternehmen
Verein Beratung pränatale Diagnostik
Verein Leaderinnen Ostschweiz
Verein Ostschweizerinnen.ch
Verein plusplus
Verein WEFA Weiterbildungen für den Arbeitsmarkt
Wirtschaftsfrauen Schweiz

Womenbiz
Wybernet
Zonta Club Bern Ursa
Zonta Club Zürich
Zonta Clubs Suisses Union Intercity
Zonta international Union Intercity

Parteien

CVP Frauen Schweiz + Zürich
FDP Frauen Kanton Zürich
FDP Frauen Schweiz
FDP Frauen Winterthur
glp Schweiz- Frauennetzwerk
SP Frauen Schweiz



Frauen Chancengleichheit zu gewährleisten ist kein Nice-to-have, sondern eine Kernaufgabe unserer Gesellschaft.

Impressum:

Herausgeberin

alliance F

Waisenhausplatz 30

Atelier 010

3011 Bern

office@alliancef.ch

Bilder

Aleksandra Zradkovic

Gestaltung

Jessica Zuber